

Mario Telo

## Politik und die Märkte

*Die Eurozone befindet sich in einer tiefgreifenden Krise. Wie können in dieser Situation Stabilität wiederhergestellt und eine lang anhaltende Rezession vermieden werden? Und welche Rolle sollte Deutschland in diesem Kontext für Europa spielen?*

### Mario Telo

(\* 1950) ist Stellvertretender Präsident des Institut d'études européennes (IEE) sowie Koordinator der EU-Projekte GR:EN und GEM für die Freie Universität Brüssel.

mario.telo@ulb.ac.be



Die sich laut Mario Draghi, dem neuen Präsidenten der Europäischen Zentralbank, dramatisch »verschärfende« Krise ist auf der einen Seite ein Symptom für die zurückhaltende Regierungsführung der sklerotischen nationalen Demokratien angesichts notwendiger Anpassungsmaßnahmen. Auf der anderen Seite lässt sich aber auch international eine offen aggressive Haltung gegenüber Europa und vor allem dem Euro beobachten. Ganz offensichtlich besteht ein analytisches Defizit hinsichtlich des Verhaltens der anonymen globalen Märkte, der in den USA ansässigen Ratingagenturen, einiger wichtiger Wirtschaftsmächte und der Finanzlobbys, von denen viele die Bestrebungen Europas zur Einführung einer einheitlichen Währung niemals akzeptiert haben.

Die Herabstufung der Kreditwürdigkeit einiger europäischer Mitgliedsstaaten durch Standard & Poor's am 13. Januar 2012 ist das jüngste Beispiel einer langen Abfolge von sachlichen Fehlleistungen und offenen Angriffen. Dabei handelt es sich offenkundig nicht um ein Komplott oder eine Verschwörung, sondern eher um ein unmissverständliches Zeichen des Misstrauens gegenüber einer gesamteuropäischen *Economic Governance*. Es ist ja bekannt, dass fi-

nanzstarke Akteure und rechte Kreise, vor allem in den USA, ganz offenkundig auf das Ende des Euro setzen – der sowohl als potenzielle zweite Leitwährung als auch als eigentliches Symbol für die gestärkte Rolle Europas in der Welt abgelehnt wird.

Was aber auf dem Spiel steht, ist viel komplexer als eine innereuropäische Auseinandersetzung über den Defizit-Abbau oder triviale transatlantische Querelen, denn die exportorientierte Strategie Obamas für einen wirtschaftlichen Aufschwung wird für die negativen Auswirkungen des schwächeren Euros bezahlen müssen. Da hier solch wichtige politische Interessen auf dem Spiel stehen, wird klar, warum eine politische Antwort dringend erforderlich ist. Dementsprechend kommt eine gestärkte europäische *Economic Governance* vor allem einem politischen Bekenntnis gleich. Es ist ein Schritt hin zu einem neuen Verständnis der politischen Union, eine direkte Reaktion auf die desintegrative Logik des globalen Marktes. Jenseits aller oberflächlichen Kritik an ihrem »Ultra-Liberalismus« ist die EU darum bemüht, einen beispiellosen politischen Mechanismus für eine europäische Art des regulierten Kapitalismus aufzubauen, etwa mit dem EFSF/ESM und anderen Regulierungsstrukturen.

Für die zukünftige politische und institutionelle Struktur der EU gibt es nur zwei Möglichkeiten. Zurzeit findet eine besondere Art multilateraler Verhandlungen statt, in die Regierungen, Mitglieder des EU-Parlaments und Vertreter der Kommission eingebunden sind. Das britische Veto lässt nur wenige Möglichkeiten offen.

Beide noch möglichen Szenarien machen einen zusätzlichen, auf nur 26 Mitglieder begrenzten Vertrag erforderlich. Damit wird es möglich oder eben unmöglich sein, a) der Kommission das Initiativrecht einzuräumen, damit sie Maßnahmen ergreifen kann für den Fall, dass vorab gemeinsam festgelegte wirtschaftliche Regeln nicht eingehalten werden, und b) die EU-Verträge konsistenter umzusetzen.

Auf jeden Fall sollte dem Vereinigten Königreich weiterhin die Möglichkeit gegeben werden, dem System zu einem späteren Zeitpunkt beizutreten, wie das bei dem Protokoll für Sozialpolitik der Fall war, das 1992 erst abgelehnt wurde, dem sich das Vereinigte Königreich aber 1997 anschloss. Dennoch wird der bevorstehende Konflikt bei den Verhandlungen zu den Haushaltsvereinbarungen für 2014-19 die Kluft zwischen der konservativen britischen Regierung und den anderen 26 Staaten noch vertiefen. Dies wird wiederum dazu führen, dass Frankreich selbstbewusstere Forderungen hinsichtlich der strukturellen Eigenschaften einer zukünftigen »EU der zwei Geschwindigkeiten« und der erforderlichen Mechanismen für eine stärkere demokratische Legitimität, z.B. durch ein Parlament der Eurozone, erheben wird.

Obwohl sie sich ähneln, unterscheiden sich diese beiden Szenarien jedoch auch hinsichtlich der Verteilung der Kompetenzen voneinander. Aber wie auch immer das Ergebnis der aktuellen institutionellen Verhandlungen aussehen mag, die EU und ihre Mitgliedsstaaten – mit Großbritannien als einziger Ausnahme – stehen vor der Aufgabe, sich in folgenden Bereichen einander annähern zu müssen: Zum einen bei der Ausarbeitung einer Strategie für eine intensivere regionale Kooperation. In den Worten von Philippe Schmitter (European University Institute) gibt es Anzeichen für eine »gute Krise« und nicht für eine »schlechte«, da der Prozess der Institutionalisierung auf differenziertere Art vorangetrieben wird, wie es der ameri-

kanische Politikwissenschaftler Robert O. Keohane beschrieben hat. Zum anderen bei dem Verständnis, dass der harte Kern der EU nicht alleine auf verstärkte regionale Zusammenarbeit hinarbeitet. Sowohl ASEAN (1998) als auch MERCOSUR (2001) haben dynamische regionale Prozesse eingeleitet, um Auswege aus der Krise zu finden. Weitere institutionelle Kompromisse verbessern die regionale Koordination und den Supranationalismus (Ratifizierungen nur noch von 15 der 26 Staaten erforderlich, automatische Sanktionen, solange sich keine qualifizierte Mehrheit dagegen ausspricht). Dies wiederum birgt neuerliche Hoffnungen auf eine neue Form der politischen Union jenseits vergangener Debatten über Föderalismus oder Konföderalismus.

Dies könnte weitreichende, über die EU hinausgehende Auswirkungen haben. So würde ein realistisches und gleichzeitig innovatives Verständnis vom Beitrag der EU zur *Global Governance* sichtbar. Es würde das große Potenzial erkennbar, das sich mit einem institutionell innovativen und einzigartigen Ansatz eines regionalen Multilateralismus als einem wesentlichen Bestandteil der *Global Governance* im 21. Jahrhundert bietet.

### Die Rolle Deutschlands

Das neue Gleichgewicht zwischen der politischen Struktur der EU, ihrer inhaltlichen politischen Dimension und dem Legitimitätsmechanismus wird sehr stark davon abhängen, wie Deutschland seine Führungsrolle konkret ausfüllen wird. Wird dieses wachsende politische Gebilde, das mit dem Bild der »Europäischen Kontrollinstanz« in Verbindung gebracht wird, unausweichlich zu einem stärkeren demokratischen Defizit führen? Nicht unbedingt.

Das neuentstehende System regulierender Politik könnte zu alternativen politi-

schen Strategien führen, indem eine Art Politisierungsprozess initiiert wird. Diese neuen Strategien würden Ausdruck finden in einer Rechts-Links-Dialektik auf mehreren Ebenen der regulatorischen Aspekte, die mit sozio-ökonomischen Fragen verbunden sind. Etwa die Flexibilität des Arbeitsmarktes, alternative Finanzpolitik und verschiedene weiterreichende Quellen für ein Zusammenspiel nationaler Lobbygruppen. Das könnte nicht nur dazu führen, dass zahlreiche nationale politische Arenen wieder belebt und nationale demokratische Debatten neu angeregt würden, sondern auch den Hintergrund für eine breitere Politisierung der Wahlen zum Europäischen Parlament liefern, die bereits 2014 stattfinden.

Während die Konservativen darum bemüht sein werden, die aktuelle Kultur der Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit von Deutschland, den Niederlanden, Österreich oder Finnland zu »importieren«, werden andere politische Strömungen sich auf andere Stützpfiler des sogenannten »Deutschen Modells« konzentrieren. Das besagte Modell, das man besser als »Kontinental-europäisches Modell« bezeichnen sollte, beinhaltet ferner: nachhaltiges Wachstum (durch Umweltschutzbestimmungen), Wirtschaftsdemokratie (durch Mitbestimmung), sozialen Zusammenhalt (durch regionale Transfermaßnahmen) und eine Art *smart economy* (durch eine weite Verbreitung von Informationstechnologien in der gesamten Gesellschaft). Was missbräuchlich von Populisten als »deutsches Europa« beschimpft wird, könnte in der Tat viel mehr der »Strategie EU 2020« der Europäischen Kommission gleichkommen, die von vielen befürwortet wird. Input-Legitimität kann Output-Legitimität ergänzen. Bereits jetzt bestätigt das Eurobarometer, dass die Bürger in Sachen Krisenbewältigung der EU durchschnittlich mehr vertrauen als ihren eigenen Nationalstaaten (Eurobarometer vom 22. Dez. 2011)

Dennoch muss Deutschland mehr tun. Wenn von einem *German Empire* gespro-

chen wird (z.B. von Ulrich Beck, *Le Monde*, Dezember 2011), ist das nicht mehr als journalistisches Geplänkel. Dennoch wird es absolut entscheidend sein, ob Deutschland langfristig zwischen einer hierarchischen Hegemonialstellung – die grundsätzlich abgelehnt werden würde – und einer Führungsfunktion zu unterscheiden vermag, die es langfristig übernehmen kann, wenn der multilaterale Ansatz dabei gestärkt wird. Wolfgang Schäuble hat auf diese wichtige Unterscheidung in der *FAZ* hingewiesen. Für Deutschland gibt es keine Alternative zur Europäischen Integration. Eine Führungsrolle zu übernehmen, bedeutet, dass Stabilität und Wachstumspolitik miteinander verbunden werden, auch mit Hilfe einer Art »Marshall-Plan« zur Stärkung der schwächsten Wirtschaftssysteme in der Eurozone. Wenn die Deutschen nicht verstehen, dass das eigene Modell nur funktionieren kann, wenn es in andere Mitgliedsländer der EU übertragen wird, werden sie irgendwann die Folgen der Krise in der Eurozone deutlich zu spüren bekommen (vgl. Fritz W. Scharpf, *Süddeutsche Zeitung*, 23. Dezember 2011). Nur durch den Verzicht auf kurzfristige, exportgetriebene Hyper-Überschüsse können in der Eurozone Stabilität wiederhergestellt und eine lang anhaltende Rezession vermieden werden. Nur auf diesem Weg kann Deutschland dazu beitragen, die verschiedenen populistischen Strömungen in den Mitgliedsstaaten einzudämmen und die europäische Würde in einer multipolaren Welt wiederherzustellen.

Insgesamt kann die europäische Erfahrung den Rest der Welt lehren, wie politischer Regionalismus auf verschiedenen Ebenen an Einfluss gewinnen kann. Dies ist eine abgeschwächte, aber klare Botschaft, die den realistischen Weg genau beschreibt, um zu einer politischen, nicht staatlich strukturierten Union zu gelangen, die eine Antwort auf die unregelte Globalisierung und das Diktat des Marktes bietet.

(Aus dem Englischen von Bianca Schulz) ■